

Das Grundschulforum – eine hohle Inszenierung?

Nach 40.000 Unterschriften gegen Schulschließungen sollen sich Eltern aus 47 Schulen bis Mitte April siebenmal mit Ratsvertretern treffen.

Unter diesem Zeitdruck dürfen sie erfinden, was OB und Schuldezernent nicht schaffen, die Grundzüge eines Schulentwicklungsplans. Das Ergebnis des Grundschulforums sei offen, behauptet Oberbürgermeister Pit Clausen. Die Erfahrungen aus den ersten Sitzungen deuten allerdings eher auf eine Inszenierung hin.

OB und Ampel sind in der Schulfrage unter Druck.

Konstruktiver Widerspruch passt ihnen nicht ins Konzept.

Ein konstruktiver Widerspruch der Eltern soll nicht zustande kommen. Vorsorglich wurde von Anbeginn auf Totlaufen gesetzt. Nur 17 Personen des 78-köpfigen Forums haben Stimmrecht, Ratsmitglieder stets die Mehrheit. Der Integrationsbeauftragten wird die Stimme verweigert, weil sonst die Mehrheit futsch wäre. Nur beratend darf

sie für die Grundschüler aus zweisprachigen Familien wirken. Das ist immerhin die Hälfte aller Schüler.

Obendrein steuert der vom OB an den Eltern vorbei ernannte „Moderator“ die Tagesordnung so, dass selbst einem Politiker der CDU der Kragen platzt. Denn statt Elternanregungen stehen Expertenvorträge über Statistiken, Geburtenraten und Lehrerschlüssel auf dem prallen Programm. Gruppenarbeit gibt's nicht. Das wirkt: beim ersten Treff bleiben 7, beim zweiten 13 und beim dritten 27 Namensschildchen liegen. Immer mehr Teilnehmer bleiben weg.

Das Beratungsergebnis ist vorbestimmt: Sinkende Schülerzahlen senken den Raumbedarf und machen Schulen überflüssig. Zur Not werden sie zusammengelegt. OB und seine Ampel aus SPD, FDP und GRÜNEN versuchen, den ersten Massenprotest gegen den Rotstift auszusitzen. Sie ignorieren die massiv gestiegenen Bildungsforderungen, die nicht weniger, sondern mehr Schulraum erfordern. Wer

jetzt Schulen abreißt und den Grund verkauft, muss demnächst neue bauen.

Ganztagschule, Einheitsschule, Vorschulunterricht und Sprachförderung brauchen nicht weniger Schulraum, sondern mehr.

Ganztagschulen brauchen Mensa, Arbeits- und Gruppenräume, ebenso die Gemeinschaftsschule. Künftig müssen sprach-, lern- und verhaltensbehinderte Kinder in den Regelschulen unterrichtet werden.

Das bedeutet Nachfrage nach kleineren Klassenräumen und steigenden Raumbedarf. Auch Sprachförderung für Kinder mit zweisprachigem Hintergrund geht ohne zusätzliche Räume nicht, so wenig wie die vorschulische Heranführung aus KITAs. Rückläufige Schülerzahlen müssen zu kleineren Klassen führen, fordert ein Antrag von SPD und GRÜNEN im Landtag. In Bielefeld gehen die Uhren anders. Schulraum wird für entbehrlich erklärt und es wird frech gelogen: Die Extrastellen für

Schulen in sozialen Brennpunkten würden von den kleinen Schulen beansprucht, behaupteten SchulpolitikerInnen der Ampel. Schon deswegen sei deren Schließung richtig. Das Grundschulforum fand durch wiederholte Nachfragen die Wahrheit heraus: das Schuldezernat hat sie bestimmungswidrig in die allgemeine Vertretungsreserve verschoben. Bei so viel Manipulation kann ein Grundschulforum nicht ergebnisoffen sein.

Onur Ocak/Günter Seib



**Bild zum Artikel „Sachlicher Auftakt“ aus der NW vom 13. Januar 2011
Vorn die Hauptdarsteller: Schuldezernent, Moderator und Oberbürgermeister.
Die Betroffenen fungieren als Statisten im Hintergrund.**

Bodendeponie Johannisbachaue Brake

Andreas M. steht an der Ampel Westersfeldstr./Engersche Str. als Inge Bernert (Bezirksvertreterin DIE LINKE in Schildesche) ihn anspricht. Auf ihre Frage, ob ihn die großen, gelben LKW's beeindruck-

cken, macht er eine abwehrende Handbewegung. Dann sagt er: „Ich wohne hier schon lange Jahre, es ist immer viel Verkehr, in den Berufsverkehrszeiten auch Staus. Seit diese LKW's die Bodendeponie anfahren, ist es unerträglich geworden. Ab morgens 7.30 Uhr quälen sich in einer Stunde 30 LKW's über die Kreuzung.

Die Staus und Abgase haben erheblich zugenommen. Die Straßen sind, wie Sie selbst sehen, schwer verreckt. Und auf der Deponie entstehen unglaubliche Erdhügel. Am liebsten würde ich hier wegziehen.“



Bezirksregierung gibt der LINKEN recht

Die Stadt braucht mehr Geld

Ausgerechnet Sozialdemokraten und Grüne bauen seit Jahren lieber städtisches Personal ab, kürzen Leistungen und belasten die BürgerInnen mit höheren Abgaben, als die Gewinne von Unternehmen zur Finanzierung der sozialen Kosten heranzuziehen. Nun hat selbst die Bezirksregierung die Stadt aufgefordert, zur Reduzierung des Haushaltsloches die Gewerbesteuer zu erhöhen. Im Dezember verabschiedete der Rat der Stadt den Doppelhaushalt für die Jahre 2010 und 2011. Trotz Belastungen in Millionenhöhe für Bielefelder BürgerInnen klafft immer noch ein Loch von mehr

als 100 Millionen Euro: Die Beratung für behinderte Menschen und die AIDS-Vorsorge sollen gestrichen werden, Parkgebühren, Eintrittsgelder für Theater und Museen wurden erhöht, genauso wie die Grundsteuer, die auf die Mieter abgewälzt werden kann.

Eine soziale Stadt braucht mehr Einnahmen – auch aus den Gewinnen der Unternehmen.

Die Einzigen, die bisher ungeschoren weggekommen sind, sind die Bielefelder Unternehmen. Seit 1994 wurde der Hebesatz für die Gewerbesteuer nicht erhöht, gleichzeitig aber die Grundlagen für

die Steuererhebung gekürzt: bei gleichem Hebesatz bringt die Steuer heute verhältnismäßig weniger Ertrag in die Gemeindekasse als vor 15 Jahren. DIE LINKE Fraktion im Bielefelder Rat hat mehrfach die Erhöhung der Gewerbesteuer beantragt, was mehr als 20 Millionen Euro in die Stadtkasse gebracht hätte. Alle anderen Parteien lehnten das bisher immer wieder ab.



Barbara Schmidt
Fraktionsvorsitzende

Sparen auf Kosten der Schüler

Es sollen nicht nur Grundschulen geschlossen werden – der Schulbeginn aller Schulen soll zusätzlich verändert und so beim Schülertransport gespart werden. Je nach Schule soll der Unterricht früher oder später anfangen.

Dabei stehen nicht das Wohl der Kinder und optimales Lernen, sondern Sparmöglichkeiten bei MoBiEl im Vordergrund. Ein zu früher Unterrichtsbeginn ist aber sinnlos, da Kinder dann nicht aufnahmefähig sind.

Endet dagegen der Unterricht zu spät, haben Kinder keine Zeit mehr für ihre Freizeitbetätigung. Eltern mit mehreren Kindern bekommen große Probleme, ihren Beruf mit den unterschiedlichen Schulzeiten zu organisieren.

Nun soll ein Planungsbüro ein Verkehrsgutachten erstellen. Dabei gab es in Bielefeld schon mehrfach Protest gegen solche Pläne.

Das Gutachten können wir uns sparen!

Dirk Schmitz

Containerbahnhof ist gut für Bielefeld

Jetzt ist die Stadt Bielefeld am Zug

Zwischen Eckendorfer Straße und Seidensticker-Halle gibt es ein großes Areal, das seit 2002 langsam verfällt: Der alte Umschlagbahnhof Bielefeld-Ost.

Von hier verließen früher Güterzüge Bielefeld in alle Richtungen. Die dort noch heute ansässige Spedition Kunze zählte einst zu den großen Verladern von LKW-Ladungsbrücken bundesweit. Noch in den 90iger Jahren wurden Millionenbeträge in einen neuen Verladekran und in die Gleisanlagen investiert.

Nun möchte die Deutsche Bahn Netz AG sich endgültig von der Fläche trennen und diese meistbietend verkaufen.

In Zeiten von Klimaschutz, Energieeinsparungen, von immer volleren Autobahnen, insbesondere durch den LKW-Verkehr, in Zeiten von zweistelligen Wachstumsraten im Containerverkehr, ist dies

nicht auf der Höhe der Zeit.

DIE LINKE fordert, den Container-Bahnhof zu erhalten, auch durch die Stadt Bielefeld.

Bielefeld hat als Oberzentrum eine Verantwortung für die gesamte Region. Ein aktiver Container-Bahnhof sichert Arbeitsplätze. Wir fordern, dass die Verkehrsverlagerung von der Straße auf die Schiene mit Leben erfüllt wird. Deshalb ist es jetzt notwendig, dass sich die Bielefelder Politik ohne Kompromisse zu einem Container-Bahnhof an der Eckendorfer Str. bekennt. Nach Stuttgart 21 sollte auch deutlich geworden sein, Informationen zu einem derart großen Projekt öffentlich zu machen. Schluss mit der Geheimniskrämerei um die Zukunft des Umschlagbahnhofs Bielefeld-Ost.

Bernd Vollmer



Das wäre gut für Umwelt und Arbeitsplätze: Ausbau des Container-Bahnhofs an der Eckendorfer Straße

Lange Durststrecke für Schwimmsport:

ISHARA 6 Monate dicht!

Gerade mal 10 Jahre nach der Eröffnung ist das Freizeitbad vollständig umbau- und renovierungsbedürftig.

3,5 Mio. Euro soll es kosten und ganze 6 Monate geschlossen werden. Ein herber Schlag für den

Schwimmsport. Ausweichmöglichkeiten gibt es nach der Schließungsorgie der Stadtteilbäder kaum. Das Sportamt überlegt, Schüler für den Schwimmunterricht in die verbliebenen Bäder in Heepen und Brackwede

zu schicken. Nur bleibt dann nicht allzuviel Zeit zum Schwimmen. Fehlstunden sind garantiert. DIE LINKE fordert: Das Sportbad ist nach den Reparaturen unverzüglich zu öffnen!

Bernd Schatschneider

DIE LINKE. im Rat

Rat lehnt Gewerbesteuer-Erhöhung ab

Auf der Ratssitzung am 25. 11. 2010 stellte DIE LINKE wiederum einen Antrag auf Anhebung des Hebesatzes für die Gewerbesteuer:

„Der Hebesatz für die Gewerbesteuer wird bereits für das Jahr 2011 von 435 auf 456 Punkte (Durchschnitt der Gemeinden vergleichbarer Größe) angehoben. Das ergibt Mehreinnahmen von rund 7 Millionen Euro.“

Dieser Antrag wurde mit großer Mehrheit abgelehnt.

Auch der Antrag, die Einsparung der Leitungsstelle des Bauernhaus-Museums zurückzunehmen, wurde mehrheitlich abgelehnt.

Der Antrag der Ampel-Koalition auf der Ratssitzung am 16. 12. 2010 auf Übernahme der gesamten Verantwortung für die Gestaltung der Arbeitsmarktpolitik durch die

Stadt Bielefeld als sog. Optionskommune wurde von der LINKEN abgelehnt. Erwerbslosigkeit ist ein gesamtgesellschaftliches Problem und darf nicht auf die Kommunen abgewälzt werden. DIE LINKE fordert einheitliche Rechte für alle Arbeitslosen. Bei Optionskommunen können die Rechte von Langzeitarbeitslosen sogar vom Wohnort abhängen. Kommunen betreiben in Eigen-

regie in der Regel keine bessere Arbeitsvermittlung. Sie vermitteln öfter auf Arbeitsplätze, von deren Lohn die Menschen nicht leben können oder in befristete Arbeitsverhältnisse.

Hans-Dietmar Hölscher

Unglücksmomente eines Museumsdirektors



Museumsdirektor Stratmann: Nur Lob und Dank an Sponsor Gauselmann

aktuellen Negativschlagzeilen Gauselmanns mit seinen Schmiergeldern an CDU, SPD, FDP und GRÜNE unter Umgehung des Parteiengesetzes.

Die vom Sponsor ausgesetzte Schau kommt also für seine „Landschaftspflege“ gerade recht. Auch in den Lobreden von Bürgermeister Grube, Museumsdirektor Stratmann und Gauselmann jun. blieben diese kritischen Fakten unerwähnt. Bis auf den beiläufigen Halbsatz des

Sponsors selbst zu „einfarmigen Banditen“ vermieden alle Redner unterwürfig jede Erwähnung der Glücksspielautomaten, mit denen die Firma ihren Milliardenumsatz erspielt. Gauselmann, so die Botschaft, schafft „Glücksmomente“ und ist mit seinen Exponaten selbst ein Glücksfall für das Historische Museum. Stumm blieben die Redner auch zu den Folgen von Gauselmanns Glücksgeschäft: Zum sozialen Elend der 400.000 Spiel-

süchtigen und ihrer Familien. Dabei hätte ein weniger beflissener Museumsdirektor kritische Ergänzungen direkt vor Ort bei der Fachstelle Glücksspielsucht des Evangelischen Johanneswerks sammeln können. Jeder Süchtige, der Hilfe sucht, hat zwischen 10.000 und 50.000 Euro Spielschulden. Ist es Aufgabe des Museumsdirektors, Imagepflege für Elendsprofiteure zu betreiben?

Günter Seib

Im Historischen Museum Bielefeld läuft eine Imagekampagne der Glücksspielfirma Gauselmann.

Unter dem Titel „Glücksmomente“ werden hübsche alte Münzautomaten aus zwei Jahrtausenden

gezeigt: Muster der 50.000 Gauselmannschen Glücksspielautomaten, die nach einer aktuellen Initiative im Bundestag entsprechend Schweizer Vorbild aus Gaststätten entfernt werden sollen, kommen nicht vor. Nichts auch zu den

**Sprechzeiten der Ratsfraktion DIE LINKE
Altes Rathaus · Erdgeschoss · 33597 Bielefeld**

**Montag - Donnerstag: 10.00-16.00 Uhr
Freitag: 10.00-14.00 Uhr**

**Telefon: (0521) 515080 · Telefax: (0521) 518110
E-Mail: die.linke@bielefeld.de · Internet: www.dielinke-bielefeld.de**

DIE LINKE. vor Ort

Tempo 30 im oberen Teil der Schlosshofstraße



Die Mitglieder der Bezirksvertretung Mitte Peter Ridder-Wilkens und Friedrich Straetmanns

Auf Antrag unserer Fraktion im Bezirk Mitte wurde jetzt beschlossen, die Schlosshofstraße von der Weststr. bis zur Siegfriedstr. in eine Tempo-30-Zone umzuwandeln; erst einmal zur Erprobung für ein Jahr.

Peter Ridder-Wilkens, Fraktionsvorsitzender der LINKEN in Mitte, sieht ein hohes Gefährdungspotenzial in diesem Bereich: „Gerade im Bereich des Kindergartens und der

Johanniskirche gibt es immer wieder gefährliche Situationen, wenn Kinder oder ältere Menschen die Schlosshofstr. überqueren. Viele Autofahrer, die stadtauswärts fahren, beschleunigen ihre Geschwindigkeit ab der Gustav-Adolf-Str. rasant. Ich hoffe, dass sich die Verkehrssicherheit jetzt verbessert und dass der Beschluss umgehend umgesetzt wird.“

Ein Antrag unserer Fraktion, die Drögestr. in eine

Tempo-30-Zone umzuwandeln, wurde bereits im Herbst beschlossen. Dieser Beschluss ist mittlerweile umgesetzt.

„Ich freue mich, dass wir mit Unterstützung der Anwohner schrittweise unser Programm zur Erhöhung der Verkehrssicherheit, der Lebensqualität und des Klimaschutzes“ umsetzen können, so Peter Ridder-Wilkens.

Peter Ridder-Wilkens, Bezirksvertreter in Mitte

Der Weg ist lang und schwierig – aber erfolgversprechend!

100 Jahre Internationaler Frauentag



Clara Zetkin und Rosa Luxemburg, 1910 in Magdeburg auf dem Weg zum SPD-Parteitag.

1897 erhielt Rosa Luxemburg an der Universität Zürich ihren Dokortitel in Volkswirtschaft. Die Schweiz war praktisch das einzige Land in Europa, in dem Frauen überhaupt studieren und Abschlüsse machen konnten. Frauen an der Wahlurne oder auf dem Wahlzettel gab es grundsätzlich nicht. Ein bisschen lesen und schreiben musste für die meisten Frauen genügen, damit sie dann als billige Arbeiterinnen in den Fabriken oder Büros dienen könnten. Aber gleiche Rechte oder gar gleicher Lohn für gleiche Arbeit – von 100 Jahren noch reine Zukunftsmusik! Die Forderungen von bürgerlichen und sozialistischen Frauen nach

politischen Rechten und besseren Arbeits- und Lebensbedingungen wurden drängender: Die Sozialistinnen und spätere kommunistische Reichstagsabgeordnete Clara Zetkin war es, die 1910 auf einem Frauenkongress zu einem internationalen Kampftag für die Rechte der Frauen aufrief.

Im März 1911 wurde der erste internationale Frauentag gefeiert und in der Folgezeit zu einem festen Datum in der sozialistischen Bewegung. 1977 schließlich beschlossen die Vereinten Nationen den 8. März zum internationalen Tag für die Rechte der Frauen zu machen.

Barbara Schmidt

Bielefelder Frauenorganisationen zum 8. März: Dafür gehen wir auf die Straße! Gehen Sie mit!

- 17.00 Uhr Demonstration für Frauenrechte
Mit den Trommlerinnen von Les Benitas
Treffpunkt Bahnhofstraße vor C & A
- 17.45 Uhr Abschluss vor dem Rathaus
- 18.00 Uhr Veranstaltung im großen Sitzungssaal des neuen Rathauses
- 18.10 Uhr „Frauen sind die Lösung, nicht das Problem“, Dr. Barbara Stiegler
- 18.40 Uhr „Starke Stimmen für Frauenrechte“, Chor
- 19.15 Uhr Essen, Trinken, Feiern

Das meinen Frauen heute:

**Charlotte Straetmanns,
Schülerin,
Linksjugend Bielefeld**

1. Was bedeuten dir 100 Jahre Frauentag?

Es hat sich viel geändert und die meisten der Veränderungen sind für uns schon selbstverständlich, z.B. das Frauenwahlrecht oder die Festlegung der Gleichberechtigung im Grundgesetz. Ich habe heute die Möglichkeit, selbst über meinen Körper zu bestimmen, wählen zu gehen, zu studieren,... Ohne die Frauenbewegung wäre das nicht möglich.



2. Was müssen wir Frauen am dringendsten ändern?

„Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ muss sofort umgesetzt werden - es ist nicht hinnehmbar, dass Frauen im Schnitt über 20 Prozent weniger verdienen als ihre männlichen Kollegen. Wichtig finde ich die Beseitigung von Vorurteilen, zum Beispiel, dass bestimmte Talente geschlechterspezifisch unterschiedlich sind, ist noch zu weit verbreitet.

**Ingrid Bäumer-Möhlmann,
Sozialarbeiterin, Vorsitzende der
ver.di-Frauen Bielefeld-Paderborn**

1. Was bedeuten dir 100 Jahre Frauentag?

Ich denke daran, dass meine Kolleginnen vor 100 Jahren für mehr Lohn, bessere Arbeits- und Lebensbedingungen auf die Straße gegangen sind. Wir haben viel erreicht: das Wahlrecht, die Arbeits- und Mutterschutzgesetze - heute Selbstverständlichkeiten, damals nicht. Trotzdem ist noch viel zu tun und da sehe ich mich in der Tradition der Arbeiterinnenbewegung und deshalb in die Pflicht genommen, weiterzumachen.



2. Was müssen wir Frauen am dringendsten ändern?

Wir brauchen einen flächendeckenden Mindestlohn und wir müssen die prekären Beschäftigungen zurückdrängen, für Frauen und für Männer. Wenn wir es nicht schaffen, Familie und Beruf miteinander zu vereinbaren, werden wir auch in der Geschlechterdemokratie keinen Schritt weiterkommen.

**Gülcan Turan, Diplom- Soziologin,
Bundesverband der Migrantinnen
in Deutschland, Bielefeld**

1. Was bedeuten dir 100 Jahre Frauentag?

Die Gleichstellung der Geschlechter ist noch lange nicht erreicht. Immer noch sind Frauen von Benachteiligung, Ausgrenzung, Armut, Krieg, Gewalt und Arbeitslosigkeit betroffen. Frauen verdienen in Deutschland weniger als Männer; ihre Arbeitsbedingungen sind prekär; die Mehrheit der Frauen arbeitet im Niedriglohnsektor – meist ohne jegliche soziale Absicherung; die Gewaltbetroffenheit von Frauen steigt erschreckend; Migrantinnen sind stärker betroffen.



2. Was müssen wir Frauen am dringendsten ändern?

Am wichtigsten sind mir:

- gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit
- ein menschenwürdiges und existenzsicheres Leben ohne Armut
- gleichberechtigte Teilhabe von Migrantinnen in allen Lebensbereichen



Atomkraftwerk Grohnde abschalten!

Der Protest gegen die gefährliche Nutzung der Atomkraft geht mit Schwung weiter. 1.000 Menschen haben am 15. Januar 2011 anlässlich eines angekündigten Brennelemente-Transportes nach Grohnde gegen die weitere Nutzung der gefährlichen Atomkraft protestiert. DIE LINKE Bielefeld war dabei und unterstützte die Proteste. Mehr Informationen zu linken Umweltpositionen: www.nachhaltig-links.de Carsten Strauch

AKW-Ausstieg und Grohnde Mit den GRÜNEN geht das nicht!

Die Grünen versprechen gerne 100 % erneuerbare Energie und Atomausstieg (NW 31.01.2011). Mit den Bielefelder Grünen ist das Ziel aber nicht zu erreichen. Die Grünen haben sich im Koalitionsvertrag mit SPD und FDP auf die weitere Nutzung der gefährlichen Kernenergie vom Atomkraftwerk Grohnde durch die Stadtwerke festgelegt. Ebenso wie

bei dem Bürgerbegehren gegen die Schulschließungen halten die Grünen von direkter Bürgerbeteiligung nichts. Ganz anders DIE LINKE. Bielefeld. Wir unterstützen das Bürgerbegehren für den Ausstieg der Stadtwerke von der Beteiligung am Atomkraftwerk Grohnde. Wir wollen, dass die Bürgerinnen und Bürger über die Zukunft

der Energieversorgung in Bielefeld mitbestimmen können. Mehr Informationen zum Bürgerbegehren: www.bielefeld-steigt-aus.de

„Die Bevölkerung ist noch nicht ausreichend informiert für ein Bürgerbegehren.“

Marianne Weiß, Geschäftsführerin der GRÜNEN in: Bielefelder, Februar 2011, S. 23

Carsten Strauch

Klage gegen Hartz-IV-Kompromiss einreichen

Was machen mit 5 Euro...?

Nur 5 Euro als Regelsatzerhöhung zu gewähren, stellt eine offene Missachtung des Verfassungsgerichts und seiner Vorgaben dar, bei der Auswahl der falschen Referenzgruppe und bei den unbegründeten Streichungen zahlreicher Positionen. Die „große Koalition“ aus SPD, CDU und FDP weiss genau, dass ein verfassungskonformer, bedarfsgerechter Regelsatz wesentlich höher liegt. „Es muss jetzt darum gehen, dieses Schandgesetz

schnell wieder dorthin zu bringen, wo es hingehört, zum Bundesverfassungsgericht. Eine Normenkontrollklage wäre der beste und schnellste Weg.“ sagt Katja Kipping im Namen der Bundestagsfraktion der LINKEN. „Dafür brauchen wir ein Viertel der Bundestagsabgeordneten. Ich rufe alle Kolleginnen und Kollegen von der SPD und den Grünen auf, gemeinsam mit unserer Fraktion eine solche Normenkontrollklage einzureichen. Nach dieser unwürdigen Hinterzim-

merkungelei sollte nun das Verfassungsgericht das Wort haben.“

Jetzt Widerspruch einlegen!

Das sehen auch die über elf Erwerbslosen so, die bereits Klage eingereicht haben. Eventuelle Erfolge können auch denjenigen Betroffenen nutzen, die jetzt Widerspruch gegen die unzureichende Bewilligung von ALG-II-Leistungen einlegen und damit erreichen, dass ihre Bescheide für vorläufig erklärt werden.

Ein Musterwiderspruch vom DGB dazu ist auf unserer Homepage verlinkt www.dielinke-bielefeld.de oder anrufen unter Telefon: 0521-86611.

Es geht nicht nur um 5 Euro ... Worum denn noch?

Viele weitere Verschärfungen sind in der Gesetzesänderung enthalten, wie:

- Sanktionen ohne schriftliche Belehrung.

- Überprüfung von ARGE-Fehlern nur noch ein Jahr lang.
- Die Möglichkeit, in kommunalen Satzungen niedrige Mietpauschalen festzulegen ... Damit baut man keine „Brücke in Arbeit“ sondern nur den „Sturz in die Existenznot“.

Marlis Bußmann



TERMINE

Falls nichts anders angegeben, immer im Parteilbüro August-Bebel-Straße 126
Mehr Infos auf: www.dielinke-bielefeld.de

- 06.03.11 | 11.00 Uhr
Offenes Sonntagstreffen für Mitglieder und Interessierte
- 07.03. + 21.03.11 | 19.30 Uhr
Diskussion zum Programmwurf der Partei DIE LINKE
- 08.03.11 | 18.30 Uhr
Stadtteilgruppe Mitte und AK Umwelt
- 14.03.11 | 20.00 Uhr Stadtteilgruppe Schildesche, Gasthaus Möpken, Im Stift 5
- 15.03.11 | 19.30 Uhr
AK Wirtschaft und Soziales
- 21.03.2011 | 20.00 Uhr Stadtteilgruppe Schildesche, Gasthaus Möpken, Im Stift 5
Wir zeigen den Film: WATER MAKES MONEY – unser Wasser Allgemeingut oder Privatquelle für RWE, EON oder VEOLIA? Wie private Konzerne unser Wasser zu Profit machen wollen!
- 02.04.11 | 18.00 Uhr
Stadtteilgruppe Heepen
Freizeitzentrum Baumheide
- 03.04.11 | 11.00 Uhr
Ausstellungseröffnung und Diskussion „Das andere Gesicht Afghanistans“
- 06.04.11 | jeweils um 19.30 Uhr
OWL-AG Bedingungsloses Grundeinkommen
Bürgerwache Rolandstr. 16

Weitere Termine

- 08.03.11
100 Jahre Internationaler Frauentag
»Rosen reichen nicht!«
17.00 Uhr DEMO ab Kronenplatz (am Brunnen vor C&A),
- 23.04.11
Ostermarsch
(Näheres entnehmen Sie bitte der Tagespresse)
DIE LINKE Bielefeld ist erreichbar:
Telefon und Fax: 0521. 86 6 11
info@dielinke-bielefeld.de · www.dielinke-bielefeld.de
Jeden Freitag und Mittwoch von 14 bis 19 Uhr,
offenes Büro in der August-Bebel-Str. 126